



News

| research with impact

- i** Nicht neu an Bord, aber neu auf der Brücke:
RWI-Vorstand Dr. Stefan Rumpf stellt sich vor
- i** Konjunktur-Update Dezember:
Aufschwung bleibt kräftig, Kapazitäten
zunehmend ausgelastet
- i** Pflegeheime:
Bedarf an Pflegeplätzen steigt,
Personalknappheit auch

Nr. 4/2017

Nicht neu an Bord, aber neu auf der Brücke: RWI-Vorstand Dr. Stefan Rumpf stellt sich vor



Zum 1. Oktober dieses Jahres habe ich das Amt des Administrativen Vorstands im RWI übernommen. Damit sind wir der Leibniz-Strategie gefolgt, dem wissenschaftlichen Vorstand einen administrativen Vorstand zur Seite zu stellen. Gerne nutze ich die Gelegenheit mich Ihnen als „der Neue“ vorzustellen.

Seit inzwischen 13 Jahren bin ich nun „RWI-ler“ und damit wahrlich kein „Frischling“ mehr. Angefangen habe ich als Koordinator der „Ruhr Graduate School in Economics“ (RGS Econ) und Mitarbeiter im Stab des Vorstands. Meine damalige Aufgabe war es, unser strukturiertes Doktorandenprogramm aufzubauen und zu „managen“. Reizvoll war dabei insbesondere die Zusammenarbeit mit Promovierenden aus einem internationalen Umfeld und Kooperationspartnern an den benachbarten Hochschulen. Ab 2009 habe ich dann zusätzlich die Projektleitung in einem großen Bauprojekt übernommen, in dessen Rahmen u.a. das Gebäude an der Hohenzollernstraße zwei neue Etagen erhielt. Nächste Stationen waren ab Ende 2010 meine Tätigkeiten als Abteilungsleiter „Finanzen und Controlling“, ab 2013 dann auch als kaufmännischer Geschäftsführer. Ich kann daher sagen: Ich weiß sehr

gut, welche Verantwortung mit dem Vorstandsamt verbunden ist. Und gerade deswegen freue ich mich sehr, jetzt Teil des RWI-Vorstands zu sein.

Gemeinsam mit meinen beiden Vorstandskollegen möchte ich das RWI noch weiter voran bringen und nachhaltig in der Wissenschaftslandschaft verankern. Mein Bestreben ist es, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die denkbar besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Forschungsarbeit zu bieten. Um diesen Anspruch mit Leben zu füllen, haben wir bereits zahlreiche neue Vorhaben auf den Weg gebracht. Der Ausbau der Vernetzung mit forschungsstarken Hochschulen und Forschungseinrichtungen im In- und Ausland ist dabei vorrangig. Intern gehören u.a. die Einführung eines „Forschungsinformationssystems“ sowie die Digitalisierung der Verwaltung durch die Einführung der sogenannten E-Akte zur Agenda meiner ersten Amtszeit. Und nicht zuletzt haben wir bereits mit den Vorbereitungen auf die im Frühjahr 2019 turnusgemäß anstehende Evaluierung des RWI durch die Leibniz-Gemeinschaft begonnen, bei der wir unsere Exzellenz erneut unter Beweis stellen müssen.

Danken möchte ich an dieser Stelle dem bisherigen Leitungstrio auf der Brücke der „MS RWI“ und dem Verwaltungsrat für die Unterstützung und das in mich gesetzte Vertrauen. Meine Vorstandskollegen und ich werden das Schiff navigieren – und freuen uns darauf, zusammen mit unserer qualifizierten und einsatzbereiten Crew neue Ufer zu erreichen.

Frohe Weihnachten und einen guten Start in das Jahr 2018 wünsche ich allen Leserinnen und Lesern dieser „RWI News“!

Stefan Rumpf

Konjunktur-Update Dezember: Aufschwung bleibt kräftig, Kapazitäten zu- nehmend ausgelastet

Das RWI erhöht seine Prognose des deutschen Wirtschaftswachstums für das Jahr 2017 gegenüber der Vorhersage vom September dieses Jahres von 1,9 auf 2,3 Prozent, für 2018 erwartet es 2,2 Prozent, für 2019 1,9 Prozent Wachstum. Damit dürfte der Zuwachs erneut über dem gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial liegen und die Auslastung der Kapazitäten steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte im nächsten Jahr 5,4 Prozent betragen und 2019 weiter auf 5,1 Prozent sinken. Die Inflation dürfte im nächsten und übernächsten Jahr bei 1,9 Prozent liegen. Die öffentlichen Haushalte werden 2018 und 2019 voraussichtlich Überschüsse von 50 und 52 Milliarden Euro erzielen. Eine neue Bundesregierung sollte keine kurzfristig stimulierend wirkende, sondern eine am langfristigen Wachstum ausgerichtete Finanzpolitik verfolgen.

Das RWI erhöht seine Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2017 auf 2,3 Prozent. Im September waren 1,9 Prozent erwartet worden. Für 2018 steigert das Institut seine Prognose leicht von 2,1 auf 2,2 Prozent, für 2019 nimmt es sie von 2,0 auf 1,9 Prozent Wachstum zurück. „Die private Konsumnachfrage bleibt eine wichtige Triebkraft der Konjunktur“, so RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn. Dies insbesondere, weil die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei anhaltendem Beschäftigungsaufbau voraussichtlich weiterhin spürbar zunehmen werden. Neben den Bauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum auch die Ausrüstungsinvestitionen zum Wachstum beitragen. Die Wirtschaft wächst weiterhin rascher als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial, die Kapazitäten sind somit zunehmend ausgelastet. In der Bauwirtschaft führen bereits jetzt Kapazitätsengpässe zu steigenden Baukosten.

Die Exporte beleben sich zwar dank der kräftigeren Weltkonjunktur. Insgesamt wird die Außenwirtschaft hingegen nur einen geringen Beitrag zum Aufschwung liefern, weil auch die Importe spürbar zunehmen. Dazu trägt auch bei, dass die Preise hierzulande voraussichtlich stärker steigen als im übrigen Euro-Raum und die deutschen Unternehmen dadurch preislich weniger wettbewerbsfähig sind.

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2017

2017 bis 2019, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2017 ^P	2018 ^P	2019 ^P
Bruttoinlandsprodukt¹, Veränderung in Prozent	2,3	2,2	1,9
Erwerbstätige², in 1 000	44 290	44 790	45 210
Arbeitslose³, in 1 000	2 530	2 410	2 330
Arbeitslosenquote^{3,4}, in Prozent	5,7	5,4	5,1
Verbraucherpreise, Veränderung in Prozent	1,8	1,9	1,9
Lohnstückkosten⁵, Veränderung in Prozent	1,8	1,6	2,2
Finanzierungssaldo des Staates⁶			
in Mrd. €	40	50	52
in Prozent des nominalen BIP	1,2	1,5	1,5
Leistungsbilanzsaldo⁷			
in Mrd. €	255	253	263
in Prozent des nominalen BIP	7,8	7,4	7,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Aus der Forschung

Die Zahl der Erwerbstätigen war zuletzt um 1,5 Prozent höher als vor einem Jahr, sie dürfte weiter zunehmen, wenn auch etwas verlangsamt. Die Zunahme speist sich vor allem aus einer weiter steigenden Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen. Nur ein kleinerer Teil der zusätzlich Erwerbstätigen stammt wohl aus dem Kreis der Arbeitslosen. Trotzdem dürfte die Zahl der Arbeitslosen – die zuletzt so niedrig war wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr – weiter sinken. Die Arbeitslosenquote dürfte entsprechend von 5,7 Prozent in diesem Jahr auf 5,4 Prozent im nächsten Jahr und weiter auf 5,1 Prozent im Jahr 2019 abnehmen.

Inflation bleibt hoch, Budgetüberschuss des Staates steigt weiter

Die Inflationsrate dürfte im nächsten und übernächsten Jahr 1,9 Prozent betragen, nach 1,8 Prozent in diesem Jahr. Die Kerninflation (ohne Energie) erhöhte sich im Verlauf von 2017 leicht auf voraussichtlich 1,6 Prozent. Dies ist ein für Deutschland recht hoher Wert, im Durchschnitt der vergangenen zwanzig Jahre lag sie bei 1,2 Prozent. Im Zuge der steigenden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wird die Kerninflation im Verlauf des Prognosezeitraums noch etwas zunehmen. Da jedoch in der Prognose keine weiteren Impulse seitens des Ölpreises mehr unterstellt sind, werden die von dieser Seite ausgehenden Effekte auf die Verbraucherpreise auslaufen.

Der Staatshaushalt dürfte in diesem Jahr mit 40 Milliarden Euro (bzw. 1,2 Prozent des BIP) den höchsten Überschuss seit der deutschen Wiedervereinigung erreichen. Dabei profitierte der Staat von sehr günstigen gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Die gute Konjunktur- und Arbeitsmarktlage ließ Steuer- und Beitragseinnahmen kräftig sprudeln, das historisch niedrige Zinsniveau brachte weitere Einsparungen beim staatlichen Schuldendienst. Derzeit ist unklar, welche Parteien die neue Bundesregierung stellen und welche Maßnahmen sie ergreifen werden. Die Prognose geht daher vom finanzpolitischen Status quo und damit einer in den beiden kommenden Jahren annähernd konjunkturneutral ausgerichteten Finanzpolitik aus. Unter dieser Annahme dürfte der

Budgetüberschuss des Staates im Jahr 2018 auf 50 Milliarden Euro und 1,5 Prozent des BIP und im Jahr 2019 auf 52 Milliarden Euro und ebenfalls 1,5 Prozent des BIP steigen. Die Schuldenquote des Staates dürfte unter diesen Bedingungen bis 2019 kontinuierlich auf 58 Prozent sinken und würde damit erstmals seit dem Jahr 2002 unter dem Grenzwert des Maastricht-Vertrages liegen.

Anders würde es aussehen, wenn die künftige Bundesregierung die hohen Budgetüberschüsse für zusätzliche Ausgaben oder für Steuer- und Abgabensenkungen nutzt. Dies könnte der gesamtwirtschaftlichen Expansion zwar zusätzliche Impulse geben, würde aber angesichts der ohnehin bereits hohen Kapazitätsauslastung die Inflation verstärken. Eine solche kurzfristig stimulierend wirkende Finanzpolitik würde mithin prozyklisch wirken und wäre damit verfehlt. „Die neue Bundesregierung sollte einer am langfristigen Wachstum ausgerichteten Finanzpolitik den Vorzug geben“, rät Roland Döhrn.

✉ roland.doehrn@rwi-essen.de

Gute Integration in den Arbeitsmarkt hilft langfristig, Folgen von Flucht und Vertreibung zu überwinden

Wer Flucht und Vertreibung erfährt, hat noch Jahrzehnte später eine verkürzte Lebenserwartung. Wer auf dem Arbeitsmarkt sehr gut integriert ist, kann diesen negativen Effekt jedoch überwinden. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle RWI-Studie zu den längerfristigen Folgen von Flucht und Vertreibung für die Betroffenen. Sie basiert auf Daten der Deutschen Rentenversicherung und vergleicht die Erwerbsbiografien von Vertriebenen der Jahre 1944 bis 1950 mit einer westdeutschen Vergleichsgruppe.

Die Erfahrung von Flucht und Vertreibung verkürzt die Lebenserwartung. Das gilt insbesondere für Menschen, die in ihrem weiteren Leben nur ein geringes Einkommen erzielen konnten. Diejenigen mit außerordentlichem Erfolg am Arbeitsmarkt können hingegen offenbar die langfristigen negativen Effekte von Flucht und Vertreibung überwinden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des RWI auf der Grundlage von Daten der Deutschen Rentenversicherung. Hierzu wurde die lebenslange Erwerbsbiografie von Westdeutschen mit der erwachsener Menschen verglichen, die in den Jahren 1944 bis 1950 aus den Ostgebieten vertrieben wurden.

Betrachtet man sich die Sterblichkeit dieser Vertriebenen in den Jahren 1994 bis 2013, fällt auf, dass sie deutlich über der westdeutschen Vergleichsgruppe liegt. Bei Männern ist sie durchschnittlich zwischen 12 und 21 Prozent höher, bei Frauen um 3 bis 9 Prozent. Im Alter von 88 Jahren waren beispielsweise bereits 80 Prozent der Männer aus der Vertriebenenengruppe verstorben, von den westdeutschen Männern hingegen 74 Prozent. Von den Frauen im gleichen Alter waren 73 Prozent der Vertriebenen bereits tot, aber nur 62 Prozent der Vergleichsgruppe.

Gelungene Integration in den Arbeitsmarkt verlängert das Leben

Die verkürzte Lebenserwartung betrifft allerdings offenbar vor allem die unteren Einkommensgruppen, der Effekt verringert sich mit zunehmendem Einkommen. Die Vertriebenen, die die obersten 20 Prozent der Einkommensverteilung erreicht haben, haben sogar eine höhere Lebenserwartung als die westdeutsche Vergleichsgruppe.

Obwohl allein im Jahr 2015 nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 65 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden, ist bisher wenig über die langfristigen Auswirkungen auf das weitere Leben von Geflüchteten bekannt. „Unsere Untersuchung zeigt, wie wichtig eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen ist und wie positiv sie ihr Leben langfristig beeinflusst“, so RWI-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas K. Bauer.

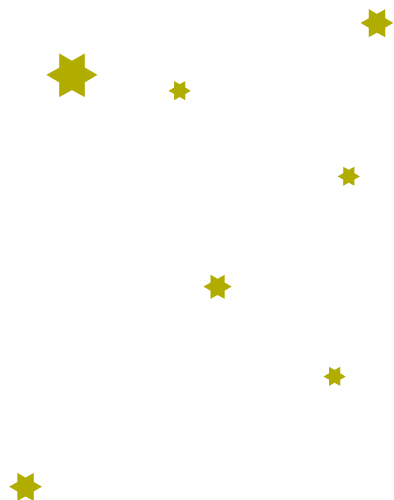
Flucht und Vertreibung hatten langfristige Folgen für die Betroffenen

Im verwendeten Datensatz erfasst wurden Personen, die bei der Flucht/Vertreibung in den Jahren 1944 bis 1950 zwischen 18 und 45 Jahre alt waren. Insgesamt kamen in diesem Zeitraum rund 7,9 Millionen Menschen aus den Ostgebieten nach Westdeutschland, darunter 4,4 Millionen „Reichsdeutsche“ (unter anderem aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern) und 3,5 Millionen „Volksdeutsche“ (hauptsächlich aus dem Sudetenland).

Zwar waren im Nachkriegsdeutschland Arbeitskräfte sehr gefragt und der deutsche Staat unternahm große Anstrengungen, um die Vertriebenen zumindest teilweise finanziell für die Kriegsfolgen zu entschädigen. Trotzdem lagen die Arbeitslosenraten in diesem Teil der Bevölkerung auch langfristig über denen vergleichbarer westdeutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Folgen ihrer Vertreibung reichten damit offenbar weit über die Umsiedlung und den materiellen Verlust hinaus.

Dieser Meldung liegt das Ruhr Economic Paper #713 („Forced Migration and Mortality“) zugrunde. Es ist unter www.rwi-essen.de/rep/ als pdf-Datei erhältlich.

✉ thomas.bauer@rwi-essen.de



„Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist nur ein erster Schritt zu nachhaltigen Finanzen von NRW-Kommunen

NRW-Kommunen, die am „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ teilnehmen, erreichen zwar den damit angestrebten Ausgleich ihres Haushalts. Bei zwei Dritteln der derzeit 61 Stärkungspaktgemeinden wird die Konsolidierung ihrer Finanzen aber voraussichtlich nicht nachhaltig sein. Hierzu wären weitere Maßnahmen nötig, die unter anderem ihre meist schwachen sozioökonomischen Rahmenbedingungen verbessern und sie finanziell angemessen ausstatten. Dazu bedürfte es zunächst einer systematischen Analyse, inwieweit die kommunale Finanzausstattung ausreichend ist. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle RWI-Studie zur Zwischenbilanz des Stärkungspakts.

Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die mit Hilfe des „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ihre Haushalte ausgleichen sollen, erreichen zwar alle dieses Zwischenziel. Bei zwei Dritteln der derzeit 61 Stärkungspaktgemeinden sorgt er jedoch nicht für nachhaltige Finanzen. Zwar reduzierten sie ihren kumulierten Fehlbetrag von 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 86 Millionen Euro im Jahr 2016. Ihnen fehlt längerfristig aber Eigenkapital und/oder sie können ihren Schuldendienst nur unzureichend abdecken. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des RWI, die eine Zwischenbilanz des Stärkungspakts zieht.

Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes Nordrhein-Westfalen wurde von der rot-grünen Landesregierung aufgelegt, um Kommunen bei der Sanierung ihrer Haushalte zu helfen. Er verpflichtete Gemeinden, die laut Haushaltssatzung und Anlagen im Jahr 2010 überschuldet waren oder für die sich laut Ergebnisplanung in den Jahren 2011 bis 2013 eine Überschuldungssituation ergab, ihre Ergebnishaushalte auszugleichen. Im Gegenzug erhielten sie Konsolidierungshilfen. Auf Antrag konnten Gemeinden freiwillig

teilnehmen, deren Haushaltsdaten im Jahr 2010 eine Überschuldung im Zeitraum von 2014 bis 2016 erwarten ließen. Die pflichtig teilnehmenden Kommunen müssen unter Einrechnung der Konsolidierungshilfen den Haushaltsausgleich bis 2016 erreichen, die freiwillig teilnehmenden erst bis 2018. Im Jahr 2021 muss der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfen erreicht werden. Insgesamt nehmen 61 Kommunen am Stärkungspakt teil, davon 27 freiwillig.

Sparmaßnahmen verschlechtern Standortattraktivität der Kommunen

Nach jetzigem Stand erhalten die Stärkungspaktgemeinden in den Jahren 2012 bis 2020 insgesamt 4,5 Milliarden Euro an Konsolidierungshilfen. Sie sind im Gegenzug verpflichtet, eigene Konsolidierungsbeiträge zu leisten. Diese dürften sich auf insgesamt 10,6 Milliarden Euro belaufen. Damit führte ein Euro staatliche Konsolidierungshilfe zu eigenen Konsolidierungsbeiträgen von 2,40 Euro. Die Kommunen erreichten dies aber vor allem durch Steuererhöhungen, insbesondere der Grundsteuer B. Diese gefährden jedoch die Standortattraktivität sowohl für Unternehmen als auch für private Haushalte, zumal häufig zusätzlich kommunale Leistungen gekürzt wurden. Damit besteht die Gefahr, dass diese Gemeinden längerfristig ihre Wirtschaftskraft schwächen und so in eine Abwärtsspirale geraten.

Auch ist der bisherige Konsolidierungserfolg zum Teil Faktoren zu verdanken, die nicht auf Dauer Bestand haben dürften: dem günstigen konjunkturellen Umfeld, den Hilfen des Bundes und den sinkenden Geld- und Kapitalmarktzinsen. Insbesondere ein Anstieg des Zinsniveaus hätte für die Stärkungspaktgemeinden aufgrund ihrer hohen Kassenkreditbestände erhebliche finanzielle Folgen. Denn sie haben insgesamt trotz Konsolidierungshilfen und eigenen Konsolidierungsbemühungen bis dato zusätzliche Kassenkredite aufgenommen, wenn auch seit dem Jahr 2010 mit nachlassender Dynamik.

Nachhaltige Finanzen brauchen auch verbesserte Rahmenbedingungen

„Damit sich die finanzielle Lage der Stärkungspaktkommunen nach Auslaufen des Paktes nicht wieder verschlechtert, müssen auch ihre sozioökonomischen Rahmenbedingungen verbessert werden“ sagt Hermann Rappen, Studienautor und RWI-Experte für kommunale Finanzen. Von den 61 Stärkungspaktgemeinden sind bezüglich ihrer Bevölkerung sechs als „überdurchschnittlich schrumpfend“, 32 als „schrumpfend“, 15 mit „keine eindeutige Entwicklung“ und nur acht als „wachsend“ klassifiziert. Hohe kommunalen Steuern und Abgaben und ein eingeschränktes Leistungsangebot erschweren es aber, die sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Belastend wirkt auch, dass die Gemeinschaft der Kommunen mittels Kürzung der kommunalen Finanzausgleichsmasse und einer so genannten „Solidaritätsumlage“ mit mehr als einem Drittel an der Finanzierung des Stärkungspaktes beteiligt werden. Dies trifft auch Kommunen, die sich selbst in einer schwierigen Finanzlage befinden. Will man eine kommunale Finanzierungsbeteiligung beibehalten, wäre eine Finanzkraftumlage die bessere Lösung. Bei dieser würde sich der Beitrag der jeweiligen Kommune nach ihrer Finanzkraft bemessen.

Institutionell stellt sich zudem die Frage nach einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen. Bund und Länder haben sie zwar punktuell entlastet, aber es fehlt bislang eine systematische Analyse, inwieweit die kommunale Finanzausstattung ausreichend ist. Eine solche Analyse sollte sich nicht - wie bisher zumeist - auf den horizontalen Finanzausgleich unter den Kommunen beschränken, sondern auch einen Systemwechsel hin zu einer aufgabenorientierten Bedarfsmessung ins Auge fassen.

Dieser Meldung liegt Heft 120 der RWI-Materialien „Stärkungspakt Stadtfinanzen - Weg aus der Schuldenfalle oder gekaufte Zeit?“ zugrunde. Es ist unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/ als pdf-Datei erhältlich.

Pflegeheime: Bedarf an Pflegeplätzen steigt, Personalknappheit auch

Den meisten deutschen Pflegeheimen geht es momentan wirtschaftlich gut. In den nächsten Jahren wird die zunehmende Alterung der Gesellschaft aber voraussichtlich zu Engpässen bei stationären Pflegeplätzen und Pflegepersonal führen. Zu diesen Ergebnissen kommt der aktuelle „Pflegeheim Rating Report 2017“ von RWI, hcb GmbH und Deloitte GmbH, mit Unterstützung der Terranus Consulting GmbH. Er untersucht die derzeitige und zukünftige Situation des deutschen Pflegemarkts und schlägt Maßnahmen gegen die drohenden Engpässe vor. Unter dem Titel „Pflege sucht Investoren“ berichtete das „Handelsblatt“ am 23. November 2017 über die Studie.

Die meisten deutschen Pflegeheime sind in einer guten wirtschaftlichen Lage. Im Jahr 2015 befanden sich lediglich 2 Prozent im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr, 82 Prozent im „grünen Bereich“ mit geringer Insolvenzgefahr und 16 Prozent im „gelben Bereich“ dazwischen. Ihre durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit (Zahlungsunfähigkeit) lag mit 0,54 Prozent deutlich niedriger als die von Krankenhäusern. Ihre Ertragslage hat sich ebenfalls verbessert. Schrieben 2013 noch 20 Prozent der Pflegeheime einen Jahresverlust, so waren es im Jahr 2015 nur noch 10 Prozent. Dies sind einige der Ergebnisse des aktuellen „Pflegeheim Rating Report 2017“, in dem das RWI, die Institute for Health Care Business GmbH (hcb) und die Deloitte GmbH mit Unterstützung der Terranus Consulting GmbH die derzeitige und zukünftige Situation des deutschen Pflegemarkts untersucht haben. Für die aktuelle Ausgabe des alle zwei Jahre erscheinenden Reports wurden 432 Jahresabschlüsse ausgewertet, die insgesamt 2 050 Pflegeheime umfassen. Zudem berücksichtigt der Report amtliche Daten des Statistischen Bundesamts von allen rund 13 600 Pflegeheimen und 13 300 ambulanten Diensten.

Aus der Forschung

Wie die Analyse zeigt, war die wirtschaftliche Situation der Heime in Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Berlin, Sachsen-Anhalt/Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg am besten und in Niedersachsen/Bremen, Bayern, Schleswig-Holstein/Hamburg und Hessen am schlechtesten. Ketten schnitten etwas besser ab als Einzelheime.

Personalknappheit hat weiter zugenommen

Viele bereits im „Pflegeheim Rating Report 2015“ beobachtete Trends haben sich fortgesetzt. So hat die Personalknappheit weiter zugenommen: Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen bei Heimen lag im Juli 2017 mehr als dreimal so hoch wie im Juli 2007. Zudem werden immer mehr Pflegebedürftige in privaten Einrichtungen versorgt. In Pflegeheimen betrug ihr Anteil im Jahr 2015 37,7 Prozent (2013: 36,4 Prozent), bei ambulanten Diensten 50,6 Prozent (2013: 49,5 Prozent).

Besonders auffällig ist die kontinuierlich wachsende Zahl der Neuzugänge von Pflegeheimen direkt aus dem Krankenhaus. 2015 wurden 385 000 Personen aus Krankenhäusern in ein Heim überwiesen. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer in einem Pflegeheim von 18 Monaten entsprach dies 74 Prozent aller Neuzugänge. 2005 betrug dieser Anteil noch 31 Prozent. Die Ursachen dafür sind unklar. Möglicherweise hat die Umstellung der Krankenhausvergütung auf Fallpauschalen diese Entwicklung in Gang gesetzt. Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob einige Pflegefälle nicht hätten vermieden werden können, wenn während des Krankenhausaufenthalts dazu entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden wären. Vor diesem Hintergrund sollte das Prinzip „Reha vor Pflege“ stärker in den Fokus genommen werden.

Pflegestärkungsgesetz hat Zahl der Leistungsberechtigten ausgeweitet

Der gesamte deutsche Pflegemarkt bleibt ein Wachstumsmarkt. Sein Anteil am Gesundheitsmarkt beträgt mittlerweile 13,6 Prozent (2013: 12,7 Prozent). Damit liegt die Pflege an dritter Stelle hinter Krankenhäusern und

Arztpraxen. Insgesamt gab es im Jahr 2015 2,9 Millionen Pflegebedürftige. Hauptgrund für das Wachstum des Pflegemarkts ist die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Zudem wurde mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz zum 1. Januar 2017 ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt, der durch die Gleichbehandlung körperlicher, kognitiver und psychischer Beeinträchtigungen die Zahl der Leistungsberechtigten deutlich ausgeweitet hat. Insgesamt wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf 4,1 Millionen ansteigen.

Damit verbunden ist ein zusätzlicher Bedarf von voraussichtlich 271 000 stationären Pflegeplätzen bis zum Jahr 2030. Die dafür erforderlichen Neu- und Re-Investitionen belaufen sich auf 53 bis 85 Milliarden Euro. Hierzu wird insbesondere privates Kapital benötigt. Die Politik sollte Heimgesetze so schlank wie möglich gestalten, um entsprechende Rahmenbedingungen für private Investitionen zu schaffen. So sind zum Beispiel Vorgaben zur Heimgröße oder zum Anteil der Ein-Bett-Zimmer überflüssig. Insbesondere zeigt sich, dass die regionale Konkurrenzsituation die Heimpreise beeinflusst: ein stärkerer Wettbewerb zwischen Pflegeheimanbietern in einer Region führt zu niedrigeren Preisen. Darüber hinaus ist auch mehr Personal erforderlich. Bis 2030 ist mit insgesamt 130 000 bis 307 000 zusätzlichen Stellen (Vollkräfte) in der stationären und mit 83 000 bis 172 000 in der ambulanten Pflege zu rechnen.

Attraktivität des Pflegeberufs erhöhen

Um dem zu erwartenden Mangel an Pflegefachkräften zu begegnen, sollte in erster Linie der Pflegeberuf attraktiver werden. Ziel sollte es sein, die Verweildauer im Pflegeberuf zu verlängern, die Vollzeitquote auszuweiten und neue Auszubildende zu gewinnen. Dazu werden die Löhne für qualifiziertes Personal gegenüber Hilfskräften steigen müssen. Allerdings spielen auch weiche Faktoren eine wesentliche Rolle, z.B. weniger Bürokratie, eine gute Führungskultur, größeres gesellschaftliches Ansehen des Berufs, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Karriereöglichkeiten. Darüber hinaus könnte die Zuwanderung qualifizierter Pflegefachkräfte den

Fachkräftemangel lindern. Zudem sollte auch in der Pflege über arbeitssparenden Technikeinsatz verstärkt nachgedacht werden.

Steigen die Löhne im Pflegebereich an, wird das zunächst die wirtschaftliche Lage der Pflegeheime verschlechtern. Ohne arbeitssparenden Technikeinsatz müsste der Lohndruck dann über steigende Preise für Pflegeleistungen aufgefangen werden. Die dadurch bedingte höhere finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen und der Sozialhilfeträger wird allerdings Gegenreaktionen auslösen. Heime, die dem Kostendruck durch effizientere Abläufe entgegenwirken können, werden sich Wettbewerbsvorteile verschaffen. Zudem lässt sich die betriebliche Effizienz über horizontale und vertikale Integration weiter erhöhen. Denn der Pflegemarkt in Deutschland ist nach wie vor sehr kleinteilig. Die Bildung großer Verbände zur Nutzung gemeinsamer Ressourcen ist daher noch in großem Maße möglich.

Dieser Meldung liegt die Studie „Pflegeheim Rating Report 2017“ zugrunde. Die komplette Studie kann für 299,99 Euro inkl. 7% MwSt. beim medhochzwei-Verlag unter www.medhochzwei-verlag.de/shop/ bestellt werden.

✉ doerte.heger@rwi-essen.de



Eingeworbene Forschungsaufträge

Begleitevaluation der arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete

Auftraggeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Ansprechpartner: Dr. Hanna Frings, Dr. Marcus Tamm

Laufzeit: 09/2017-03/2021

Deep Transformation Scenarios for Informing the Climate Policy Discourse

Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Ansprechpartner: Prof. Dr. Colin Vance

Laufzeit: 03/2018-02/2021

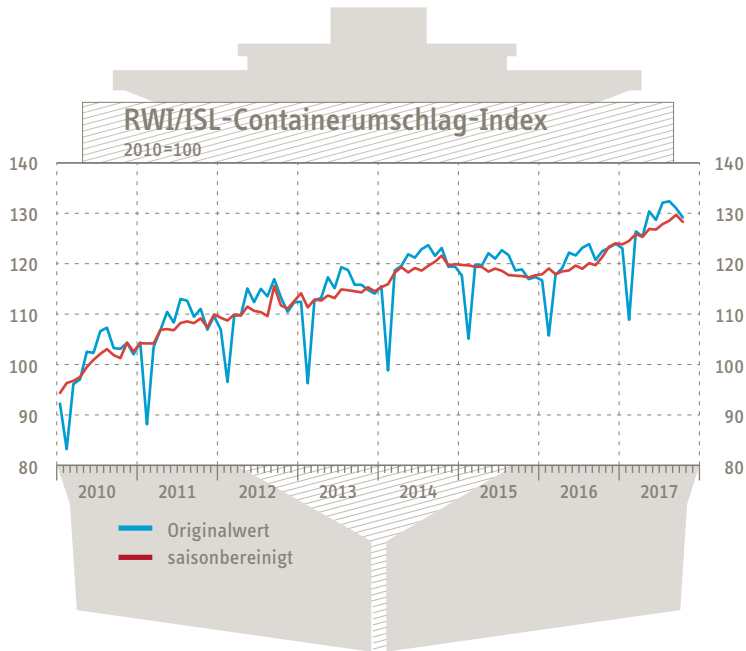
Aus der Forschung

RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Rückgang, aber noch keine Tendenzwende

Der Containerumschlag-Index des RWI und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) ist im Oktober 2017 deutlich gesunken, von 129,7 auf 128,3. Der Wert für September, der den bisherigen Höchststand markierte, blieb gegenüber der Schnellschätzung unverändert. Der aktuelle Rückgang ist daher wohl auch als Gegenreaktion auf das außerordentlich kräftige Plus im Vormonat zu verstehen. Es wäre deshalb verfrüht, daraus eine Tendenzwende im Welthandel abzuleiten.

Monat	Originalwert	saison- und arbeitstäglich bereinigt	Trend-Zyklus-Komponente
Aug 17	132,4	128,5	128,5
Sep 17	131,0	129,7	128,9
Okt 17	129,2	128,3	129,0

✉ roland.doehrn@rwi-essen.de



Eigene Schätzungen nach Angaben für 82 Häfen; Oktober 2017: Schnellschätzung.

Wissenschaft trifft Politik – Leibniz im Landtag 2017



In diesem Jahr für das RWI bei „Leibniz im Landtag“ dabei (v.l.n.r.): Dr. Julia Bredtmann, Prof. Dr. Roland Döhrn und Dr. Dörte Heger.

Im Rahmen von „Leibniz im Landtag“ besuchten am 12. Oktober RWI-Forscherinnen und Forscher Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag. Die Veranstaltung fand in diesem Jahr zum achten Mal statt. Sie bietet Landtagsabgeordneten die Möglichkeit, wichtige Themen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der zwölf in NRW ansässigen Leibniz-Institute zu erörtern. Zugleich erhalten sie einen Eindruck von der Vielseitigkeit der Forschung in den Instituten. Für das RWI waren in diesem Jahr vor Ort: Julia Bredtmann zum Thema „Sprachliche Vielfalt in Schulklassen: gut oder schlecht für den Bildungserfolg?“, Dörte Heger zu „Gesund oder krank: Was bringen uns die letzten Lebensjahre?“ und Roland Döhrn zum Thema „NRW wächst – stark genug für eine Aufholjagd?“ Alle drei berichteten von interessanten und produktiven Gesprächen mit den Fachpolitikern.

CReAM/RWI Workshop on the Economics of Migration

Am 29. und 30. September fand in Essen der erste gemeinsame Migrationsworkshop des Centre for Research and Analysis of Migration (CReAM) und des RWI statt. Zu dem von Julia Bredtmann (Leiterin der Forschungsgruppe Migration und Integration am RWI) und Sebastian Otten (CReAM, University College London) organisierten Workshop kamen 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den USA und Europa zusammen.



An den beiden Veranstaltungstagen diskutierten sowohl Nachwuchswissenschaftler als auch etablierte Migrationsforscher aktuelle Fragen der Migrationsökonomik und stellten ihre Forschungsergebnisse vor. Hierbei ging es unter anderem um die Einflussfaktoren von Migrationsentscheidungen sowie die Folgen von Migration und Fluchtzuwanderung für die Arbeitsmärkte und Bildungssysteme der Gastgeberländer.

Auf die Auswirkungen von Fluchtmigration ging auch Jennifer Hunt (Rutgers University) in ihrem Keynote-Vortrag näher ein, in dem sie bisherige Studien zu den Arbeitmarkteffekten von Fluchtzuwanderung kritisch diskutierte. Sie kam zu dem Schluss, dass Fluchtzuwanderung in den bisher untersuchten Kontexten nur einen sehr geringen Einfluss auf die heimischen Arbeitskräfte hat.

Nach dem offiziellen Ende des Workshops machte sich ein Teil der Gruppe zudem auf den Weg zur Zeche Zollverein, um bei einer Führung die Entwicklung der Zechenkultur näher kennenzulernen.

RWI-Wirtschaftsgespräch zu EU-Perspektiven mit Bundesbankpräsident Jens Weidmann

Fünf Szenarien und ein Fahrplan – Neue Perspektiven für Eurozone und EU“ lautete der Titel des diesjährigen RWI-Wirtschaftsgesprächs am 29. November im Conference Center der Philharmonie Essen. Nicht nur mit der Wahl dieses Themas würdigte die Veranstaltung Prof. Dr. Wim Kösters für seinen langjährigen Einsatz als Vorstandsmittglied des RWI. Höhepunkt der Ehrung war eine Rede zur „Dauerbaustelle Währungsunion?“ von Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann. An der anschließenden Podiumsdiskussion nahm neben RWI-Präsident Christoph M. Schmidt u.a. der SPD-Europaabgeordnete Jakob von Weizsäcker teil. In den Einschätzungen der Podiumsgäste zur Weiterentwicklung von EU und Eurozone zeigten sich teils große Unterschiede, etwa hinsichtlich der Etablierung eines künftigen EU-Finanzministers.

„Fünf Szenarien und ein Fahrplan – Neue Perspektiven für Eurozone und EU“: Mit diesem Titel spielte das 21. RWI-Wirtschaftsgespräch auf die im Jahr 2016 intensivierte Reformdebatte zur Weiterentwicklung von Eurozone und EU an. Im Frühjahr hatte die EU-Kommission das „Weißbuch zur Zukunft Europas: Fünf

Szenarien“ veröffentlicht. In einer optimistischen „Rede zur Lage der Union“ formulierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dann am 13. September einen Fahrplan mit dem Ziel, bis zum März 2019 auf Ebene der Staats- und Regierungschefs einen Beschluss zur Zukunft Europas herbeizuführen. Zuletzt stellte der französische Präsident Emmanuel Macron unmittelbar nach der Bundestagswahl seine weitreichende „Initiative für Europa“ vor. An Gesprächsstoff mangelte es dem RWI-Wirtschaftsgespräch also nicht. Gesponsert wurde die Veranstaltung in diesem Jahr von der NRW.Bank.

Das Thema des Wirtschaftsgesprächs war jenseits seiner politischen Relevanz auch deshalb gewählt worden, weil im Rahmen der Veranstaltung Prof. Dr. Wim Kösters für seinen langjährigen Einsatz als Vorstandsmittglied des RWI geehrt und offiziell verabschiedet wurde (s. dazu auch RWI News 3/2017). Er hat sich im Verlauf seiner wissenschaftlichen Laufbahn immer wieder insbesondere mit der Geldpolitik in der Eurozone kritisch auseinandergesetzt. Darauf wies auch Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann im Rahmen seines Vortrags zu Ehren von Wim Kösters mehrfach explizit hin. Dieser habe beispielsweise schon früh auf den der Währungsunion inhärenten Verschuldungsanreiz aufmerksam gemacht. Darüber hinaus würdigte Weidmann die lange, erfolgreiche Karriere von Wim Kösters als Wissenschaftler (an der Ruhr-Universität Bochum), Wissenschaftsmanager (am RWI) und Nach-





Bitte recht freundlich (v.l.n.r.): Thomas Koch, Manfred Breuer (beide „Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI“), Prof. Dr. Ansgar Belke (Universität Duisburg-Essen), RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann, der verabschiedete RWI-Vorstand Prof. Dr. Wim Kösters und RWI-Vorstandsmitglied Dr. Stefan Rumpf.

wuchsförderer (u.a. als Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Begabtenförderung Cusanuswerk).

Weidmann: Euroraum braucht Gleichgewicht von Handeln und Haften

In seinem Vortrag „Dauerbaustelle Währungsunion? Der Euroraum zwischen Maastricht-Rahmen und Fiskalunion“ betonte Bundesbankpräsident Weidmann, dass die Währungsunion nur dann dauerhaft krisenfest werden könne, wenn Handeln und Haften wieder ins Gleichgewicht gebracht würden. Das Haftungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft lehre, dass verantwortungsvolle Entscheidungen nur dann getroffen würden, wenn derjenige, der entscheidet, auch für die Folgen einzustehen hat. Um dieser Einheit von Handeln und Haften auch zwischen den Euro-Mitgliedstaaten wieder Geltung zu verschaffen, gebe es grundsätzlich zwei Möglichkeiten – eine Fiskalunion mit zentralisierten

Entscheidungsbefugnissen oder die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung, wie sie im Vertrag von Maastricht festgelegt wurde. Aus Sicht des Bundesbankpräsidenten ist letzteres, die Rückkehr zu einem überarbeiteten Maastricht-Rahmen, im Moment die realistischere Option. „Nur dann, wenn solide Staatsfinanzen gesichert sind und die Länder nicht weiter wirtschaftlich auseinanderdriften, schwindet letztlich auch der Druck auf das Eurosystem, immer wieder als Feuerwehr einzuspringen“, so Weidmann.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, der Nicht-Beistandsklausel im Maastricht-Vertrag wieder mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. „Anlegern muss eindeutig vermittelt werden, dass sie ihr Geld verlieren können, wenn sie Anleihen von unsoliden haushaltenden Staaten kaufen“, sagte Weidmann. Auch vor diesem Hintergrund sehe er die Staatsanleihekäufe durch das Eurosystem kritisch.

Termine



Schmidt: Mehr Transparenz durch einfachere Regeln

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen neben RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt der SPD-Europaabgeordnete Jakob von Weizsäcker sowie Prof. Dr. Ansgar Belke (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre/Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen) und Prof. Dr. Stephan Paul (Lehrstuhl für Finanzierung und Kreditwirtschaft, Ruhr-Universität Bochum) teil. Vor seiner Wahl ins Europaparlament im Jahr 2014 hatte der Ökonom von Weizsäcker unter anderem für die paneuropäische Denkfabrik Bruegel und die Weltbank gearbeitet. Die Professoren Belke und Paul waren nicht nur aufgrund ihrer fachlichen Expertise auf dem Panel aktiv, sondern auch aufgrund ihrer Eigenschaft als akademische Schüler, bzw. Wegbegleiter von Professor Kösters.

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt zeigte sich in der Diskussion sehr skeptisch gegenüber allen Vorschlägen für eine stärkere Vergemeinschaftung von Risiken in EU und Eurozone, etwa durch eine europäische Arbeitslosenversicherung. Diese könne unter den gegebenen Voraussetzungen nicht funktionieren, permanente Konflikte zwischen „Gebern“ und „Nehmern“ seien programmiert, so Schmidt. Der RWI-Präsident und Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) wies darauf hin, dass sich der SVR in seinem aktuellen Jahresgutachten mit zahlreichen Reformvorschlägen für EU und Eurozone auseinandergesetzt habe. Im Einklang mit Bundesbankpräsident Weidmann plädierte Schmidt dafür, die nationale Eigenverantwortung in der Finanzpolitik entsprechend des vom SVR ausgearbeiteten Konzepts „Maastricht 2.0“ zu stärken. Darüber hinaus empfahl Schmidt, Regelungen in der EU zu vereinfachen. Gerade bei makroökonomischen Problemen

falle häufig eine Diagnose und Bewertung schwer, wenn anspruchsvolle und mit Unsicherheit behaftete Konzepte wie etwa die „Output-Lücke“ herangezogen würden. Einfachere Regeln, die möglichst an direkt beobachtbaren Größen ansetzen sollten, könnten die Vorgänge etwa beim Stabilitäts- und Wachstumspakt für alle Beteiligten transparenter machen. In diesem Sinne habe der SVR auch einen konkreten Vorschlag zur Reform der Fiskalregeln im Euro-Raum gemacht.

Paul: Europäische Bankenunion ist gut gemeint, aber nicht gut gemacht

Für einfachere Regeln plädierte auch Bankenexperte Stephan Paul. Man müsse Komplexität nicht immer mit Komplexität bekämpfen. Die europäische Bankenunion bezeichnete Paul als überzeugende Idee, ihre Umsetzung sei aber bisher nicht gelungen. Dies habe sich bei der Abwicklung von Banken gezeigt, für die zuletzt in Italien erneut Steuergelder verwendet worden seien. Für die Robustheit der Eurozone sei es aber von großer Bedeutung, dass die zu enge Verknüpfung von Banken und ihren jeweiligen Heimatstaaten, der so genannte Staaten-Banken-Nexus, überwunden würde. Bisher werde dieses von allen Mitgliedstaaten geteilte Ziel in der Praxis nicht konsequent umgesetzt. Grundsätzlich schätzte Paul die Perspektiven für die Weiterentwicklung von EU und Eurozone aber durchaus positiv ein: Deutschland und Frankreich als die entscheidenden Führungsländer lägen bezüglich ihrer Ziele für Europa gar nicht so weit auseinander, wenn sie auch im Detail unterschiedliche Auffassungen hätten, so Paul.

Weitere Fotos vom RWI-Wirtschaftsgespräch unter www.flickr.com/photos/rwi_essen, die Rede von Bundesbankpräsident Weidmann unter www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2017/2017_11_29_weidmann.html



Belke: Frankreich ist jetzt in der Pole Position

„Die Position Deutschlands in Europa ist schwächer geworden, Frankreich ist jetzt in der Pole Position“ konstatierte Europaexperte Ansgar Belke mit Blick auf die Entschlossenheit des französischen Präsidenten Macron und die schleppende Regierungsbildung in Deutschland. Bei vielen großen Herausforderungen, etwa in Bereichen wie Klimawandel und internationaler Terrorismus, sei eine größere Rolle der EU zwischen Paris und Berlin gar nicht strittig. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik könnten gemeinsame, EU-weite Lösungen aber nur in Bereichen funktionieren, in denen die Risiken zwischen den Mitgliedstaaten ähnlich verteilt seien, so der Makroökonom. Das sei etwa bei der Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung offensichtlich nicht der Fall. Ein höheres EU-Budget sei mit Deutschland eventuell machbar, wenn auch nicht in dem von Macron erhofften Umfang. Ein europäischer Finanzminister nach den französischen Vorstellungen wäre in Deutschland jedoch kaum zu vermitteln, sagte Belke.

Von Weizsäcker: EU hat die Grenze ihrer Möglichkeiten noch lange nicht erreicht

Der SPD-Europaabgeordnete Jakob von Weizsäcker betonte, dass die in Deutschland kritisch bewerteten Vorschläge für eine Reform der Eurozone durch ein gemeinsames Budget oder die Einrichtung eines europäischen Finanzministers in der Europa-Rede des französischen Präsidenten gar nicht die zentrale Rolle gespielt hätten. Vielmehr habe Macron in den Vordergrund gestellt, dass Europa mit mehr Konsequenz und entsprechenden gemeinschaftlichen Investitionen die Realisierung von europäischen öffentlichen Gütern mit



grenzüberschreitendem Charakter vorantreiben müsse. Davon würden zwar nicht in jedem Einzelfall alle gleichermaßen profitieren – so käme eine stärkere Außen- und Sicherheitspolitik im Moment vielleicht eher den Anliegen der östlichen Mitgliedstaaten zugute, während von grenzüberschreiten-

den Verkehrsprojekten vielleicht andere Länder einen größeren Vorteil hätten. Dies sei aber kein Problem, solange in der Summe alle Mitgliedstaaten profitierten. Dieses Bewusstsein müsse dringend gestärkt werden.



Diskutierten über die Zukunft der EU (v.l.n.r.): RWI-Präsident Schmidt, Prof. Dr. Ansgar Belke, Moderator Dr. Nils aus dem Moore (RWI), Jakob von Weizsäcker (SPD-Europaabgeordneter) und Prof. Dr. Stephan Paul (Ruhr-Universität Bochum).

Viel Zeit zur Selbstvergewisserung und immer weitere Diskussionen habe die EU aber nicht, so der Europaparlamentarier. Deutschland und Frankreich seien die langfristigen Herausforderungen seit nahezu einem Jahrzehnt nicht angegangen. Nun müsse gehandelt werden. „Deutschland muss Macron nicht zustimmen, aber ihm antworten“, forderte von Weizsäcker. Die EU habe die Grenze ihrer Möglichkeiten noch lange nicht erreicht. Entscheidend sei aber, dass jetzt für die Bürger greifbare Ergebnisse erzielt würden. Von Weizsäcker mahnte zum Abschluss der Diskussion, dass für die Entscheidungen über die Zukunft der EU nun Eile geboten sei: „Wenn wir weiter nur diskutieren, werden die Rechtspopulisten Europa kaputtmachen.“

Termine

Preisverleihung der Freunde und Förderer



Ehrende und Geehrte der „Preise für herausragende wissenschaftliche Leistungen am RWI“.

Im Rahmen des „RWI-Wirtschaftsgesprächs“ verleihen die Freunde und Förderer des RWI jährlich Preise für hervorragende wissenschaftliche Leistungen am Institut, die in einem der drei Bereiche Forschung, Nachwuchsförderung sowie, seit 2015, wirtschaftspolitische Beratung einen wesentlichen Beitrag für das RWI geleistet und damit zum Renommee des Instituts beigetragen haben. Die Preise überreichten der Präsident der Fördergesellschaft, Manfred Breuer und der geschäftsführende Vorstand der Freunde und Förderer, Thomas Koch.

Der Dissertationspreis ging an Corinna Hentscher für ihre Arbeit über „Hospital quality and its determinants – An empirical examination with administrative data from Germany“.

Den Juniorpreis für die beste Publikation einer Doktorandin oder eines Doktoranden des RWI erhielt Andreas Gerster für seine Arbeit „Negative price spikes at power markets: the role of energy policy“, erschienen im Journal of Regulatory Economics.

Bei den Publikationspreisen wurde der erste Preis an Simon Decker und Hendrik Schmitz verliehen für ihre Publikation „Health shocks and risk aversion“, veröffentlicht im Journal of Health Economics.

Ein zweiter Preis ging an Dörte Heger für ihre Arbeit „The mental health of children providing care to their elderly parents“, erschienen in Health Economics.

Ein weiterer zweiter Preis ging an Adam Pilny für seine Publikation „Explaining differentials in subsidy levels among hospital ownership types in Germany“, publiziert ebenfalls in Health Economics.

Der Preis für wirtschaftspolitische Beratung ging an Roland Döhrn für seine langjährige maßgebliche Mitwirkung an der Gemeinschaftsdiagnose.

Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose



Auch in diesem Jahr stellte RWI-Konjunkturchef Prof. Dr. Roland Döhrn im Westfälischen Industrieklub Dortmund die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose vor. Die gemeinsamen Berechnungen der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, darunter des RWI, deuten demnach auf einen anhaltenden, stabilen Aufschwung in Deutschland und im Euro-Raum hin. Gleichzeitig nehmen aber die Spannungen zu. Im Anschluss an seinen Vortrag diskutierte Roland Döhrn die Ergebnisse mit dem Publikum. Das Foto zeigt ihn während seines Vortrags.



Leibniz Science Campus Ruhr startet



Gruppenbild mit Präsidenten: Leibniz-Präsident Prof. Dr. Matthias Kleiner (1. Reihe, 2. von links) und RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (1. Reihe, 2. von rechts) mit Repräsentanten der Leibniz Science Campus Ruhr beteiligten Institutionen.

Auftakt für eine neue Forschungskooperation: Am 23. Oktober fand der erste Workshop des Leibniz Science Campus Ruhr (LSCR) statt. Die Schwerpunkte in der Forschung des LSCR sind regionale Unterschiede im Gesundheitswesen, Nachhaltigkeit der Versorgung und Prävention. Ziel ist es, die Ursachen und Konsequenzen regionaler Unterschiede im Gesundheitswesen zu analysieren, Strategien zur Bewältigung der drohenden Unterversorgung zu identifizieren und ausgewählte Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz der Gesundheitsversorgung zu bewerten. Anlässlich des Workshops besuchte Leibniz-Präsident Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner das Institut. Im LSCR arbeiten Forscher des RWI, der Universität Duisburg-Essen und der Tilburg University zusammen. Der Campus wird von der Leibniz-Gemeinschaft gefördert.



RWI-Dialog und Übergabe SVR-Gutachten



Gruppenbild mit Bundeskanzlerin: Übergabe des SVR-Gutachtens durch den Vorsitzenden Christoph M. Schmidt.

Am 8. November übergab der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) mittags der Bundesregierung sein Jahresgutachten 2017/18 mit dem Titel „Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“. Im Anschluss wurde das rund 430 Seiten umfassende Gutachten im Bundeswirtschaftsministerium vorgestellt und diskutiert. Noch am gleichen Abend präsentierte der SVR-Vorsitzende, RWI-Präsident Christoph M. Schmidt, die wichtigsten Analysen und Empfehlungen dann erstmals öffentlich – auf dem „rwi dialog“ in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin. Neben der Erörterung spezifischer Reformvorschläge für verschiedene Politikfelder mahnte Schmidt vor allem eine veränderte Grundausrichtung an: „Die neue Bundesregierung wäre gut beraten, eine Neujustierung der Wirtschaftspolitik vorzunehmen und dabei die großen und langfristigen Herausforderungen – demografischer Wandel, Digitalisierung, Energiewende und Klimapolitik – stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken.“ Auf der auch von einigen Bundestagsabgeordneten besuchten Veranstaltung mit gut 60 Teilnehmern beantwortete Schmidt im Anschluss an seinen Vortrag noch zahlreiche Fragen aus dem Publikum.



Beim „rwi dialog“ präsentierte der SVR-Vorsitzende Schmidt das aktuelle Jahresgutachten erstmals öffentlich.

RWI Impact Notes

RWI Impact Notes sind kurze Policy Briefs, die Forschungsergebnisse kurz und knapp für Entscheidungsträger oder Medienvertreter zusammenfassen.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-impact-notes/

Wer seine Eltern pflegt, hat es auf dem Arbeitsmarkt schwerer (Oktober 2017)

Lasting negative impacts of family care provision on employment (October 2017)

RWI Materialien

RWI Materialien enthalten z.B. wissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Gutachten und Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Themen sowie Dokumentationen.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/

Heft 120 Hermann Rappen

Stärkungspakt Stadtfinanzen - Weg aus der Schuldenfalle oder gekaufte Zeit?

RWI Projektberichte

Das RWI übergibt seine Zwischen- und Endberichte von Gutachten, Stellungnahmen usw. als RWI Projektberichte an den jeweiligen Auftraggeber. Nachdem sie vom Auftraggeber freigegeben wurden, stehen diese als kostenloser pdf-Download zur Verfügung.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/

Bruidenbach, P., M. Kaeding und S. Schaffner (2017), **FDZ Data description: Population projection for Germany 2015–2050 on grid level (RWI-GEO-GRID-POP-Forecast)**.

RWI (2017), **Verifikation der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Steigerung der Energieeffizienz vom 1. August 2012 (Monitoring 2016). Endbericht**.

Feld, L. P., P. Hirsch, E. Köhler, J. Wolfinger, R. Döhrn, A. Fuest und M. Micheli (2017), **Auswirkungen der Rettungsprogramme auf die Wettbewerbsfähigkeit der Programmländer Portugal und Irland. Projektbericht**

Ruhr Economic Papers

Ruhr Economic Papers werden von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bochum (RUB), Dortmund (TUD) und Duisburg-Essen (UDE) sowie dem RWI gemeinsam herausgegeben. Die RGS Econ (RGS) ist Mit-Herausgeber.

www.rwi-essen.de/rep

#726 Micheli, M. (RWI)

Endogenous Growth and the Taylor Principle

#725 Bredtmann, J., K. Nowotny und S. Otten (RWI)

Linguistic Distance, Networks and Migrants' Regional Location Choice

#723 Dudel, C., J. Garbuszus und J. Schmied (RWI)

Assessing Differences in Household Needs: A Comparison of Approaches for the Estimation of Equivalence Scales Using German Expenditure Data

#722 Frondel M., S. Sommer und C. Vance (RUB, RWI)

Heterogeneity in Residential Electricity Consumption: A Quantile Regression Approach

Publikationen

#720 Hentschker, C., R. Mennicken, A. Reifferscheid, J. Wasem und A. Wübker (UDE, RUB, RWI)

Volume-outcome Relationship and Minimum Volume Regulations in the German Hospital Sector – Evidence from Nationwide Administrative Hospital Data for the Year 2005-2007

#719 aus dem Moore, N., P. Großkurth und M. Themann (RWI)

Multinational Corporations and the EU Emissions Trading System: Asset Erosion and Creeping Deindustrialization?

#718 Grimm, M. (RWI)

Rainfall Risk, Fertility and Development: Evidence from Farm Settlements During the American Demographic Transition

#717 Kamhöfer, D. und M. Westphal (RGS, UDE, RWI)

Fertility Effects of College Education: Evidence from the German Educational Expansion

#716 Peters, J., J. Langbein und G. Roberts (RWI)

Generalization in the Tropics – Development Policy, Randomized Controlled Trials, and External Validity

#715 Escudero, V., J. Kluve, E. López Moureló und C. Pignatti (RWI)

Active Labour Market Programmes in Latin America and the Caribbean: Evidence from a Meta Analysis

#714 Andor, M., A. Gerster, J. Peters und C. M. Schmidt (RGS, RUB, RWI)

Social Norms and Energy Conservation Beyond the US

#713 Bauer, T. K., M. Giesecke und L. Janisch (RGS, RUB, RWI)

Forced Migration and Mortality

#712 Braun, S., A. Kramer und M. Kvasnicka (RUB, RWI)

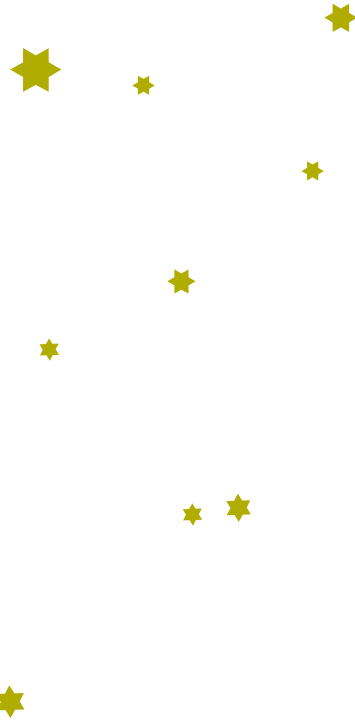
Local Labor Markets and the Persistence of Population Shocks

#711 Simora, M. und C. Vance (RWI)

Travel Mode and Tour Complexity: The Roles of Fuel Price and Built Environment

#702 Bredtmann, J. und C. Vonnahme (RUB, RWI)

Less Alimony after Divorce – Spouses' Behavioral Response to the 2008 Alimony Reform in Germany



Aus der Universität Duisburg-Essen

Das Zusammenspiel von Energie und Makroökonomie – die INREC 2017



Bei der INREC-Konferenz dabei (v.l.n.r.): Lutz Kilian (University of Michigan), Christoph Weber, Volker Clausen, Ansgar Belke (alle Universität Duisburg-Essen).

Der deutsche Energiemarkt, gestiegene Ölpreise und der Klimawandel waren nur drei von zahlreichen Themen, die Industrievertreter, Wissenschaftler und Studierende anlässlich der sechsten International Ruhr Energy Conference (INREC) am 12. und 13. September 2017 diskutierten und aus makroökonomischer und finanzwirtschaftlicher Sicht analysierten.

Das House of Energy Markets and Finance der Universität Duisburg-Essen als Gastgeber hatte nationale und internationale Experten für Impulsvorträge gewonnen. So ging es im Vortrag von Prof. Pierre Siklos von der kanadischen Wilfrid Laurier University um Rohstoffpreise, Inflation und Inflationserwartungen. Wie die US-Wirtschaft auf die stetig sinkenden Ölpreise reagiert, war das Thema von Prof. Lutz Kilian, der an der University of Michigan lehrt und forscht. Einen Einblick in die wirtschaftliche Praxis gab Dr. Hans Bünting, Vorstand Erneuerbare Energien beim Energieversorger innogy SE. Er beschrieb, wie

Sektoren gekoppelt werden müssen, um so eine Umstellung aller Sektoren auf Erneuerbare Energien und schließlich die Energiewende zu schaffen.

Die Tagung fand im Essener Haus der Technik statt. Die nächste, siebte Ausgabe der INREC ist für den 24. und 25. September 2018 geplant. Zentrales Thema der Tagung werden dann die vielfältigen Unsicherheiten der Energiemärkte sein.

Weitere Informationen zur INREC unter www.inrec.org

Globalisierung auf dem Rückzug?



„America First“, „Brexit“: In immer mehr Ländern steht die Globalisierung derzeit auf dem Prüfstand. Auch der Welthandel wuchs in den vergangenen Jahren langsamer. Diese Entwicklungen waren Thema der 13. Ruhr Graduate Summer School, die vom 25. bis zum 29. September an der Universität Duisburg-Essen (UDE) stattfand.

Die Teilnehmer der Summer School beschäftigten sich vor allem mit der Frage, was dies für die internationale Handelspolitik bedeutet und wer Gewinner und Verlierer dieser Entwicklungen sind. Dies lässt sich mit Hilfe allgemeiner Gleichgewichtsmodelle untersuchen. Sie erlauben Schätzungen, wie handelspolitische Maßnahmen, aber auch die Globalisierung, sich auf die Verteilung von Wohlstand auswirken.

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

Der Organisator, Prof. Volker Clausen, hatte erneut international renommierte Kollegen für einen Vortrag für die Summer School gewonnen: So kamen unter anderem Edward Balistreri von der Iowa State University, Ames, und Christoph Böhringer von der Universität Oldenburg. Auch der Kreis der Teilnehmer war international: sie kamen aus den USA, aus Großbritannien, Belgien, dem Kosovo, Saudi-Arabien und Deutschland.

Die Summer School ist eine Veranstaltung der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Dieses Promotionsprogramm in der Volkswirtschaftslehre wird gemeinsam von den Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie dem RWI getragen.



Intern



Schöner Schenken – im Rahmen der diesjährigen RWI-Weihnachtsfeier bot das "Schrottwichteln" Gelegenheit, eigene Entbehrlichkeiten in liebevolle Kollegenhände abzugeben. RWI-Vizepräsident Thomas K. Bauer beispielsweise freute sich über eine saisonale Ergänzung seines Brillenbestands.



Gebrüder-Deschauer-Preis für Andreas Gerster



Ausgezeichnet: Dr. Andreas Gerster (2.v.l.) bei der Übergabe des Gebrüder-Deschauer-Preises.

Auszeichnung für Andreas Gerster: Der Wissenschaftler im RWI-Kompetenzbereich Umwelt und Ressourcen erhielt für seine Dissertation den Gebrüder-Deschauer-Preis der Ruhr-Universität Bochum (RUB). In seiner Arbeit hatte er sich mit der Frage beschäftigt, wie Klimaschutz möglichst kosteneffektiv umzusetzen ist. Dabei zeigte er, dass Gebäudeausweise die Bewertung von Häusern erleichtern und erarbeitete Vorschläge, wie das EU-Label für Elektrogeräte verbessert werden kann. Die Auszeichnung erhielt Andreas Gerster gemeinsam mit zwei weiteren Preisträgern auf der Absolventenfeier der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der RUB. Der Preis wird gestiftet von der Gesellschaft der Freunde der RUB. Betreuer der Dissertation von Andreas Gerster war Prof. Dr. Manuel Frondel, Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“.

RWI unter Top-5 in Deutschland

Das RWI gehört – laut FAZ-Ranking – erneut zu den fünf wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland. In der Rangliste, die die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 1. November 2017 veröffentlichte, landete das Institut wie im Vorjahr auf dem fünften Platz. Den ersten Platz erreichte erneut das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München. Bei den Hochschulen siegte die Ludwig Maximilians-Universität München deutlich. Die Universität Duisburg-Essen sowie die Ruhr-Universität Bochum, beide enge Partner des RWI, landeten auf den Plätzen fünf und zehn. In das Ergebnis flossen die wissenschaftlichen Publikationen, die Zahl der Zitate in überregionalen Medien wie auch die Bedeutung in der Politik der einzelnen Wissenschaftler jedes Instituts ein.

Thomas Bauer in deutsch-französischen Integrationsrat berufen



RWI-Vizepräsident Thomas Bauer ist in den neuen deutsch-französischen Integrationsrat (DFIR) berufen worden. Der Rat tagte erstmals am 7. November 2017 in Berlin. Bauer wurde in seiner Funktion als Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für

Integration und Migration in den DFIR berufen.

Der DFIR wurde auf Initiative des Deutsch-Französische Ministerrats einberufen und soll die Zusammenarbeit der Länder in den Bereichen der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts stärken. Eine besondere Rolle soll dabei der Erfahrungsaustausch zwischen Deutschland und Frankreich spielen.

Das RWI packt an



Be our guest: im Rahmen der Initiative „Unternehmen packen an“ besuchte eine Gruppe Geflüchteter das RWI und diskutierte mit RWI-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas K. Bauer.

Das RWI beteiligt sich an der Initiative „Unternehmen packen an“ der Ehrenamt-Agentur Essen. An drei Terminen besuchen Geflüchtete das Institut und treffen sich mit Mitarbeitern des RWI. Den Auftakt machte Thomas Bauer, RWI-Vizepräsident und zugleich Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, mit einem Vortrag und anschließender Diskussion zu „Warum braucht der deutsche Arbeitsmarkt Zuwanderung? Und wie kann man sie steuern?“. Beim zweiten Termin sahen sich die Geflüchteten und die RWI-ler gemeinsam den Film zur „Grünen Hauptstadt“ in Essen an. Ein dritter Termin ist für einen individuellen Ausflug in die Stadt vorgesehen. Die Geflüchteten besuchen Deutschkurse und sollen bei den Treffen die Möglichkeit bekommen, ihre Sprachkenntnisse anzuwenden und zu erweitern.

Christoph M. Schmidt in Kommission der Mainzer Akademie gewählt



RWI-Präsident Christoph M. Schmidt ist Mitglied der Kommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz. Schmidt wurde einstimmig in das Gremium gewählt. Die Akademie ist eine überregional ausgerichtete Vereinigung

von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Literatur und Musik. Ihr Ziel ist die Pflege der Wissenschaften, der Literatur und der Musik, im Mittelpunkt steht der disziplinenübergreifende Austausch. Die Kommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gehört zur geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse der Akademie.



Neu im RWI ...



Denise Jordan studierte Angewandte Freizeitwissenschaften an der Hochschule Bremen und ist zudem ausgebildete Gastronomin. Nach ihrem Studium sammelte sie Erfahrungen in der gastronomischen Umsetzung von unterschiedlichen Events. Im Anschluss arbeitete sie fünf

Jahre als Projektleiterin in einer namhaften Künstler-, Konzert- und Veranstaltungsagentur in Süddeutschland. Seit Oktober 2017 ist sie als Eventmanagerin am RWI tätig.

Neu in der RGS ...

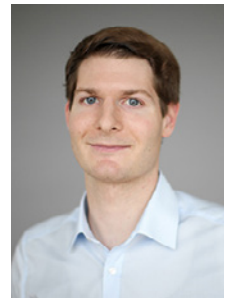
Im Oktober 2017 startete der 14. Jahrgang der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Vier der neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe vor. Weitere drei werden in der nächsten Ausgabe der „RWI News“ folgen.



Gabriel Arce-Alfaro erwarb seinen Bachelor in Volkswirtschaftslehre an der National University of Costa Rica. Anschließend arbeitete

er als assoziierter Wissenschaftler am Internationalen Zentrum für Wirtschaftspolitik für Nachhaltige Entwicklung (CINPE). Im Jahr 2015 erhielt er ein Stipendium des costa-ricanischen Ministeriums für Wissenschaft und Technologie für sein Masterstudium der Volkswirtschaftslehre an der University of Essex. In seiner Masterarbeit untersuchte er die Auswirkungen von Wechselkursschocks.

Fabian Bald studierte Volkswirtschaftslehre an der Eberhard Karls Universität Tübingen (Bachelor) und der Universität Catholique de Louvain (Master). In seiner Masterarbeit untersuchte er, wie Unternehmenseigenschaften, insbesondere Qualitäts- und Produktivitätsunterschiede, die Unternehmensperformance in verschiedenen Exportzielmärkten beeinflussen. Während seines Studiums verbrachte er zwei Semester an der Witwatersrand-Universität, Johannesburg, und arbeitete bei NGOs in Südafrika und Ghana.

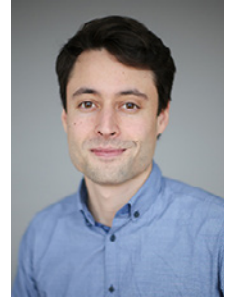


Intern

Stephan Hetzenecker studierte Wirtschaftsmathematik an der Universität Würzburg. In seiner Masterarbeit kombinierte er verschiedene ökonometrische Methoden der Nachfrageschätzung. Während seines Masterstudiums arbeitete er als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Industrieökonomie und am Lehrstuhl für Empirische, Internationale und Regionalökonomie. Zusätzlich war er Studienberater für den Studiengang Wirtschaftsmathematik.



Sascha Keweloh erwarb seinen Bachelor in Mathematik und Wirtschaftswissenschaften an der TU Dortmund und verbrachte ein Auslandssemester an der Utah State University. In seiner Masterarbeit analysierte er die Wechselwirkungen konventioneller und unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen der EZB mit den Finanzmärkten. Er absolvierte erfolgreich das Traineeship-Programm der EZB und arbeitete in der Abteilung „Government Finance Statistics“. Neben seinem Studium gab er Tutorien in Ökonometrie und war am Institut für Wirtschaft und Frieden in Sydney tätig.



Frohes Fest

Nächstes Jahr wird ausgepackt:
das RWI wird 75 ...

Wir wünschen frohe Weihnachten und ein
glückliches und erfolgreiches Jahr 2018.



www.rwi-essen.de

„Was macht eigentlich...“



... Philipp an de Meulen

Philipp an de Meulen war von 2010 bis 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzbereich „Wachstum, Konjunktur und Öffentliche Finanzen“ des RWI. Zuvor hatte er an der TU Dortmund Volkswirtschaftslehre studiert und wurde an der RWTH Aachen promoviert. Seit 2016 lehrt er als Professor für Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule für Oekonomie & Management an verschiedenen Standorten, vornehmlich in Dortmund.

Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Als Dozent besteht meine Aufgabe jetzt nicht nur darin, theoretisches Wissen zu vermitteln, sondern auch den Bezug zur Praxis herzustellen. Dazu greife ich gerne auf Erfahrungen aus Projekten zurück, an denen ich in meiner Zeit beim RWI mitgearbeitet habe.

Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Gerne erinnere ich mich an unsere Konjunkturberichts-sitzungen zurück. Obwohl wir bei der Erstellung der Berichte immer unter Zeitdruck standen, war die Stimmung nie gereizt, sondern es war immer auch Zeit für einen auflockernden Scherz.

Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Wenn es mir gelingt, Zeit für Forschungsprojekte zu finden, ist die Arbeit gar nicht so verschieden von der am RWI. Nicht zuletzt gibt es ja auch noch Projekte, an denen ich zusammen mit ehemaligen Kollegen vom RWI arbeite.

Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

Auch wenn das jetzt vielleicht hochtrabend klingen mag: Die große Herausforderung besteht meines Erachtens darin, jeden Tag aufs Neue durch hochwertige, relevante und unabhängige Forschung Überzeugungsarbeit zu leisten, dass sich aus den Forschungsergebnissen ein gesellschaftlicher Mehrwert ziehen lässt.

Durch die Leistung der Institute, wissenschaftliche fundierte Erkenntnisse ergebnisunabhängig (!) herauszuarbeiten, stellen sie meines Erachtens einen wertvollen Gegenpol zu denjenigen dar, die „alternative Fakten“ verbreiten.

Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

Sie haben gerade mit dem BvB zum zweiten Mal in Folge das Triple aus Deutscher Meisterschaft, DFB-Pokal und Champions League gewonnen. Wie stolz sind Sie auf sich und Ihre Mannschaft?



RWI News **Nr. 4/2017**

Herausgeber:
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1–3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200
rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Jörg Schäfer (Tel. -244), Sabine Weiler (V.i.S.d.P.)

Layout: Daniela Schwindt

Bildnachweis: Tina Boes (15), Gesine Born (16), Fernanda Martínez Flores (11),
Jan Heinze (14), E. Lichtenscheidt (11), S. Lorenz (2, 12, 13, 14, 21, 22, 23, 24),
G. Lukas (25), Petrowa (21), Privat (19), Henning Schacht (16),
D. Schwindt (15, 22, 24), S. Weiler (22)

ISSN 1612-3581